

Andres Müller

Die Auflösung der Sozialen Marktwirtschaft

Von der heilen Welt der Lügenmacher, der Lügner und ihren gläubigen Läu- schern

Am Anfang steht oft schon die Lüge. Ganz offensichtlich auch am Anfang der BRD. In einem Leserbrief einer überregionalen Zeitung wurde sie wieder einmal weiter verbreitet. Von einem Dr. jur.(!) Weil sie genau so dumm wie auch unverschämt ist, sei sie wörtlich zitiert: „Das deutsche Volk hat sich 1949 eine [Verfassung](#) gegeben“.¹ Jeder auch nur halbwegs gebildete Mensch weiß, daß sich nicht das Deutsche Volk diese Verfassung gab, sondern daß dies eine mit dem westalliierten Siegerwillen konform gehende und handverlesene Gruppe war. Sie war beauftragt worden, für die westalliierten Besatzungs- zonen eine den Siegermächte genehme Verfassung auszuarbeiten, um sie zur Genehmi- gung danach auch noch vorlegen zu lassen. Aber diese Lüge ist nicht strafbar. Im Gegen- teil, sie findet Beifall bei jenen, die so gerne strafen. Doch wenn eine solche fundamenta- le Lüge schon am Anfang steht, dann muß man sich nicht wundern, wenn das Lügen munter so weiter geht. Das kennt man ja von den Menschen. Wenn sie einmal damit an- fangen, dann wird das Lügen schnell zur Gewohnheit. So auch jetzt wieder. Es ist die Lüge von und über die „Soziale Marktwirtschaft“.

Begriffe prägen das Denken, sie werden geschickt zur Machtergreifung und Machterhaltung eingesetzt

Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ ist in der Vorstellungswelt der Bundesbürger posi- tiv besetzt. Sie verbinden damit den Aufstieg Westdeutschlands aus Not, Armut und Nachkriegsarbeitslosigkeit, zu materiellem Wohlstand – zur sogenannten Wohlstandsges- ellschaft. Und dafür sind die Deutschen alsbald beneidet worden. Weil der Begriff derart positiv gesehen wird, deshalb haben die neoliberalen Globalisierungsideologen in Deutschland den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ jetzt für sich annektiert. Sie wollen die Menschen glauben machen, daß die von ihnen verheißene Globalisierung wieder das „Füllhorn“ materiellen Wohlstands über sie ergießen werde, wie damals die „Soziale Marktwirtschaft“ nach dem Krieg. Doch damit haben siemomentan ein Problem. Daß die Globalisierung das nicht tut, sondern gerade das Gegenteil, das erleben nicht nur wir Deutsche, sondern alle anderen fortgeschrittenen Industrienationen, auch die Menschen in den USA! In Deutschland treten die Globalisierungsprediger deshalb jetzt im Gewande von wohlwissenden und wohlmeinenden Propheten auf. Sie versprechen den Reichtum für die alsbaldige Zukunft. Sie gaukeln den Menschen vor, daß der moderne Kapitalis- mus in Form der Globalisierung die konsequente Form einer weiter entwickelten – re- formierten – „Sozialen Marktwirtschaft“ sei, womit auch schon die Notwendigkeit der Reformen vom Kaliber Hartz IV begründet wäre. Doch die Reformen bringen nur offen zu Tage, daß die Globalisierung die Menschen und Völker nur ärmer macht – mit den wenigen individuellen Ausnahmen der vermögenden, milliardenschweren Globalisie-

¹ Leserbrief eines Dr. jur. in FAZ vom 14.11.2005 Seite 10

rungsprofiteure, den internationalen Kapitalanlegern und Spekulanten. Es zeigt sich also, daß die Annexion der „Sozialen Marktwirtschaft“, nicht nur des Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“, ein ganz gewöhnlicher Betrug, ein Etikettenschwindel ist.

Der Wortbetrug

Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ wurde von Alfred Müller-Armack, einem Ökonomen der Kölner Universität, zu Beginn der 1950iger Jahre geprägt. Unter diesem griffigen Schlagwort wurde von dem ersten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik, Ludwig [Erhard](#), ein Wirtschaftssystem etabliert, das einen Mittelweg zwischen „Freier Marktwirtschaft“ und Zentraler Planwirtschaft, also zwischen Kapitalismus und Sozialismus gehen wollte. Dieser sogenannte „dritte Weg“ war als grobe Konzeption von den sogenannten Ordoliberalen der Freiburger Schule unter Federführung von Walter Eucken in den 1930iger Jahren entwickelt worden. Weitere namhafte Apologeten waren Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow. Diese geistigen Väter der „Sozialen Marktwirtschaft“ waren sich über die groben Leitlinien dieses neuen Mittelweges zwischen Kapitalismus und Kommunismus einig: Der Markt sollte die staatlichen Planungen weitgehend, aber nicht vollkommen, zurückdrängen. Sie verlangten, daß der Staat den freien Wettbewerb gewährleisten müsse, wodurch die Produktivität der gesamten Volkswirtschaft steigen würde. Ein System der Freien Marktwirtschaft oder des Laissez-faire Liberalismus kam für sie nach den schlimmen Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise in den Jahren nach 1929 auf keinen Fall in Frage². Doch genau das wollen heute die politischen Kräfte und ihre ideologisierten Helfershelfer aus den neoliberalen Denkfabriken. Dabei negieren sie wider besseres Wissen die Realitäten und ihre Entstehungsgeschichte. Denn die „Soziale Marktwirtschaft“, ist das Produkt einer gewachsenen historischen Entwicklung, die auf dem Boden deutschen Denkens und deutscher Kultur entstanden ist. Sie ist kein abstraktes Lehrgebäude eines einzelnen oder einiger weniger Denker. Sie ist aus der deutschen Geschichte und den geistigen, gesellschaftlichen Strömungskräften unseres Volkes seit 1871 kontinuierlich hervorgegangen und weiter entwickelt worden.

Die Fälscher

Das wollen die Plagiatoren nicht wahr haben. Sie behaupten, die „Soziale Marktwirtschaft“ gründe direkt auf dem „Gesetz der unsichtbaren Hand“ von Adam Smith, der vor über 230 Jahren einmal behauptet hatte, Eigennutz und Gewinnstreben würden die bestmögliche Güterversorgung in einer Volkswirtschaft gewährleisten. Ein Glaubenssatz, der nie bewiesen werden konnte, der aber jetzt wieder von allen neoliberalen Globalisierungsverfechtern aus der Reliquientruhe herausgezerrt wird. Den Grundgedanken formuliert man heute noch ein wenig abstrakter und gekonnter, z. B. wie folgt: *„Wettbewerb ist der Motor der innovativen Marktkräfte, gleichzeitig aber auch das Medium ihrer Bindung an die Interessen der Marktpartner. Ob ihm das bewußt ist oder nicht: Jeder Marktteilnehmer steht im Bindungsgeflecht der Interessen aller anderen.“*³ Doch damals wie heute ist dieses angebliche Gesetz ein unbewiesenes Dogma, das als wissenschaftliche Erkenntnis verkleidet wird. Gerade einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft,

² So titelte z.B. Alexander Rüstow sein Hauptwerk, erschienen 1945 und 1950 in 2. Auflage: *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*. Sein 1949 veröffentlichtes Werk nannte er *„Zwischen Kapitalismus und Kommunismus“*.

³ Hans D. Barbier in F.A.Z. vom 07.10.2005, Nr. 233 / Seite 13

Alexander Rüstow, hebt hervor, daß die als „*unsichtbare Hand*“ beschriebene Logik eines wissenschaftlichen Beweises entbehrt, sondern auf „*heidnische Wirtschaftstheologien*“ zurückzuführen ist. „*So wie die griechischen Denker Heraklit und Pythagoras, die am Beginn der westlichen Philosophie stehen, die ganze Welt von einer unsichtbaren Harmonie bestimmt sahen, so glaubten auch die Väter des Wirtschaftsliberalismus an eine geheimnisvolle Harmonie, die ohne alle staatlichen Eingriffe von selbst zum allgemeinen Wohlstand führen würde*“.⁴

Die Tatsache, daß die heutigen Marktwirtschaftssysteme die versprochenen Leistungen in der Realität nicht erbringen, wie ja die weltweit grassierende Arbeitslosigkeit in den Marktwirtschaftssystemen aufzeigt, beweist nach Ansicht der neoliberalen Dogmatiker nur, daß man dem Markt und seinen „wohlstandsmehrenden Gesetzen“ durch staatliche Eingriffe nicht den freien Lauf läßt, den er bräuchte. So redeten sie schon damals, zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise, als sie mit Durchhalteparolen forderten, der Lohn müsse nur tief genug sinken, dann würde sich auch die Vollbeschäftigung wieder von selber einstellen. Heute sagen sie, insbesondere in Deutschland habe man mit den staatlichen Interventionen, vor allem mit völlig überzogenen sozialen Absicherungen und marktwidrigen Regulierungen bei der Lohnfindung gegen die Marktgesetze verstoßen, was sich jetzt rächen würde. Richtig dabei ist, daß dieser „Sozialen Marktwirtschaft“ durch die überbordende, ideologisch und durch permanente Wahlgeschenke motivierte“ Umverteilungspolitik, beginnend in den 1960iger Jahren, zunehmend die ursprüngliche Wirkungskraft ausgesaugt wurde. Das haben jene Parteien und Politiker gemacht, deren Fehler das ganze Deutsche Volk heute auszubaden hat. Doch das berechtigt die Neoliberalisten natürlich noch lange nicht, im Sog der sich ausbreitenden Globalisierung die soziale Komponente des einstmaligen revolutionären Wirtschaftssystems „Soziale Marktwirtschaft“ zur Gänze zu entsorgen. Sie streben einen marktradikalen Globalkapitalismus an, der über krankhaft hohe Renditen allen internationalen Kapitaleignern und globalen Spekulanten immense Einkommens- und Vermögenszuwächse bringt, und der die die Werte schaffenden arbeitenden Menschen weltweit zu einem Subproletariat verkommen läßt. Die politischen Helfershelfer der Kapitalisten und deren neoliberaler Dogmatiker ermöglichen die weltweit zunehmende Monopolisierung in den Schlüsselbranchen der industriellen Erzeugung und Energiegewinnung, der Güterverteilung und vor allem der Finanzdienstleistung (Banken, Versicherungen), in dem sie die gesetzlichen Rahmenbedingungen für diese weltumspannende Monopolisierung schaffen. Das aber ist die größte Todsünde im „Katechismus der Väter der Sozialen Marktwirtschaft“: Die weltumfassende Monopolbildung! Sie verwahrten sich damals noch gegen regionale bzw. nationale Monopole.

Wie ist es möglich, daß es den Ideologen des Neoliberalismus trotzdem gelungen ist beim Durchschnittsbürger den Begriff Soziale Marktwirtschaft in ihren Besitzstand einzureihen? Wo sind die Denker und Analytiker, die diese „Fälscher und Patenträuber“ zur Rechenschaft ziehen und zur Strecke bringen? Die Entwicklungsgeschichte dieses Besitzstandswechsels erinnert an die Geschichte vom Wolf im Schafspelz.

Warum findet sich in Wissenschaft, Politik und Medien niemand, der diesen schamlosen Etikettenschwindel aufdeckt? Dabei zeigt die deutsche Geschichte und die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in den letzten 130 Jahren, seit 1871, daß es keine unsicht-

⁴ Wolfgang Palaver, in Cicero, Juli 2004, Nr. 7, Seite 99

baren Kräfte waren, die den Deutschen in der Vergangenheit materiellen Wohlstand verschafft haben. Es waren: vorbildhafter Fleiß, Erfindungsreichtum, nimmermüdes Streben, verbunden mit harter und ehrliche Arbeit und der Wille nach einer gerechten Verteilung des gemeinsam durch Arbeit und Kapital erarbeiteten Einkommens, des Volkseinkommens. Das waren die entscheidenden Tugenden und Leistungen. Sie haben leider auch Neid und Begehrlichkeiten geweckt, die ein wesentliches Motiv weltpolitischer Gestaltung geworden sind.

Der dritte Weg war immer ein Deutscher Weg

Nach dem siegreichen Feldzug gegen Frankreich (1871-72), das die Gründung eines Deutschen Reiches mit militärischer Gewalt verhindern wollte (Napoleon III.), erlebte das, nach dem Dreißigjährigen Krieg „wiederauferstandene Deutschland“, einen wirtschaftlichen Aufschwung, wie ihn die Welt bis dahin noch nie gesehen hatte. Das Zweite Deutsche Reich entwickelte sich in kurzer Zeit zu der mit Abstand größten Volkswirtschaft auf dem europäischen Kontinent und zur zweitgrößte Wirtschaftsmacht nach den USA, die ein weit größeres Territorium und eine viel größere Bevölkerung besaßen. Das reale Volkseinkommen stieg in den 33 Jahren, von 1871 – 1914, um 200%!

Natürlich gibt es für dieses 1. Deutsche Wirtschaftswunder viele Ursachen und Erklärungen, die alle irgendwie mitgewirkt haben:

wissenschaftliche Entdeckungen, technische Erfindungen in den Bereichen Stahlerzeugung, Energiegewinnung, Elektrotechnik und Chemie und der Übergang zu industriellen Produktionsverfahren,

Ausbau der Infrastruktur, der Gas- Wasser- und Elektrizitätsversorgung, des Eisenbahnnetzes,

Wegfall der Zollschraken, Vereinheitlichung des Geld- und Währungssystems und des Wirtschaftsrechtes.

Reparationszahlung Frankreichs in Höhe von 5 Mrd. Francs,

So bedeutend diese Einflußgrößen auch gewesen sein mögen, von ganz ausschlaggebender Bedeutung für den Aufstieg des Deutschen Reiches zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt waren zwei andere Wirkungskräfte:

die radikale Abkehr von der Politik und Ideologie des Freihandels und

die Einführung der gesetzlichen Sozialversicherung in Deutschland!

Im 19. Jahrhundert hatte der Freihandel eine erste „Hochzeit“ erlebt. Basierend auf den Theorien von Adam Smith (Theorie der unsichtbaren Hand) und David Ricardo (Gesetz der komparativen Kosten) versuchten die imperialen Welthandelsmächte, insbesondere England, ihre Vorherrschaft weiter auszubauen. England war durch die frühzeitige Entwicklung seiner Schwerindustrie und industriellen Fertigungstechniken (Textilindustrie) zur führenden Industrienation der Welt aufgestiegen. Hätte die Deutsche Politik damals die Dogmen der Freihandelslehre geglaubt und befolgt, so hätte sie den durch überlegene Produktionstechnik billigeren und besseren englischen Produkten den deutschen Markt öffnen müssen.

Das ist nicht geschehen. Die langsam aufkeimende Industrie in Deutschland wurde durch Zölle vor der übermächtigen Konkurrenz geschützt. Der Schutz durch diese sogenannten Erziehungszölle (Friedrich List) war die unabdingbare Voraussetzung für die Entwick-

lung der deutschen Industrie und Volkswirtschaft, der es auf diese Weise gelang, in kürzester Zeit den Vorsprung der Engländer aufzuholen. Und das war nicht nur für die Deutschen von Vorteil. An den Produkten „Made in Germany“ hatte die ganze Welt Anteil, denn trotz der Zollschranken war der Welthandel und der deutsche Außenhandel bis zum Jahr 1914 stetig angestiegen. Die deutsche Ausfuhr stieg von 2,5 Mrd. Mark im Jahr 1872 auf 10,1 Mrd. Mark im Jahr 1914.⁵

Nicht minder von Bedeutung war die Einführung der gesetzlichen Sozialversicherung in Deutschland. Der Krankenversicherung (1883), der Unfallversicherung (1884) und der Rentenversicherung (1889). Den sozialen Folgen des sich ausbreitenden liberalen Manchester-Kapitalismus wurde in Deutschland damit die Spitze genommen. Deutschland wurde mit seinen Sozialgesetzen nicht nur Vorbild und Vorreiter für alle anderen Industrienationen, es hatte aus der Tradition des Preußischen Staates (Friedrich der Große: Der König ist der erste Diener des Staates), die Idee der sozialen Verpflichtung der Wirtschaft realisiert. Der Staat hatte die Aufgabe übernommen, dem schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus die Zügel anzulegen, um die inhumanen und asozialen Folgeerscheinungen einzudämmen. Das verschaffte dem Produktionsfaktor Arbeit in Deutschland einen Motivationsvorsprung und über die aus der Handwerksordnung entwickelte industrielle Berufsausbildung einen erheblichen Vorsprung in der Arbeitsproduktivität.

In beiden Fällen, bei der Einschränkung des ungehinderten Freihandels, als auch bei der Gestaltung der Sozialversicherung, erwies sich das Eingreifen des Staates für die einzelnen und für das gesamte Deutsche Volk von Vorteil. Das war die Besonderheit des Deutschen Weges und die Ursache des Erfolges der Deutschen Wirtschaft.

Nach dem 1. Weltkrieg erlebte der Freihandel eine kurze Phase der „Wiederauferstehung“, um dann mit der Weltwirtschaftskrise 1929 und in den Jahren danach völlig zusammenzubrechen. Und wieder war die Deutsche Wirtschaft gezwungen, ihren eigenen Weg zu gehen, um die Krise zu überwinden.

Über eine schuldenfinanzierte Politik der Staatsausgabensteigerung (Defizit Spending sagt man heute), wurde die Arbeitslosigkeit innerhalb von 4 Jahren vollständig beseitigt. Während in den anderen kapitalistischen Industrieländern (insbesondere in den USA und England) die Arbeitslosigkeit bis in die ersten Jahre des 2. Weltkrieges hinein andauerte, herrschte in Deutschland seit 1937 Vollbeschäftigung. Der Index der industriellen Gesamtproduktion stieg von 100 im Jahr 1929 auf 125 im Jahr 1938.⁶ Die Voraussetzungen für den Erfolg der Wirtschaftsankurbelung durch die Erhöhung der Staatsnachfrage waren eine autonome Geld- und Währungs- und Handelspolitik. Diese waren den Deutschen Regierungen infolge der Weltwirtschaftskrise und der damit erzwungenen Aufgabe der Konvertibilität der Währung förmlich aufgezwungen worden. Wer seine Währung aufgibt, wie die Bundesrepublik Deutschland heute, begibt sich dieser Möglichkeiten von vorne herein. Ein Staat ohne Autonomie in der Geld- Währungs- und Fiskalpolitik hat keine Möglichkeit, das Wohl und Wehe der volkswirtschaftlichen Entwicklung zu beeinflussen. Man stelle sich einmal vor, dieses Ansinnen würde an die USA gestellt! Die für diese Selbstaufgabe verantwortlichen deutschen Politiker haben die ihnen anvertraute Volkswirtschaft samt Volk den Gesetzen des Marktes, des Wettbewerbs, der Macht der internationalen Kapitalanleger und Spekulanten ausgeliefert. Danach –jetzt – haben sie

⁵ Gustav Stolper, Deutsche Wirtschaft seit 1870, J.C.B. Mohr Tübingen 1964, Seite 34

⁶ Vgl. Gustav Stolper, a.a. O., Seite 165.

nur noch die Möglichkeit, mit „Reformen“ d.h. mit der schrittweisen Preisgabe des Wohlstands und der seit einem Jahrhundert erkämpften sozialen Errungenschaften auf die geänderten Bedingungen zu reagieren, die der weltumfassende Radikalkapitalismus diktiert. Und damit sind wir auch schon bei der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg angelangt.

So wie man vom „Wirtschaftswunder in den dreißiger Jahren“⁷ gesprochen hatte, so begann man alsbald nach dem 2. Weltkrieg wieder von einem Wirtschaftswunder zu sprechen. Der Index der industriellen Nettoproduktion stieg von der Ausgangsbasis 100 im Jahr 1950 auf 274 im Jahr 1962. Wobei natürlich zu berücksichtigen ist, daß die Ausgangsbasis im Jahr 1950 nach den verheerenden Kriegszerstörungen sehr niedrig war. Und wie es für Politiker üblich ist, suchten und fanden sie die Ursachen des neuerlichen Wirtschaftswunders bei sich selbst: Die Soziale Marktwirtschaft habe das Wunder gemacht und die habe Ludwig Erhard konzipiert und die Mehrheit der ersten Nachkriegs-parlamentarier hat sie auf die Wege gebracht, also sie selbst. Diese schamlose Selbstweihräucherung lohnt es, die Vorgänge etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft sind eigentlich, wie bereits eingangs erwähnt: Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, und Alfred Müller-Armack. Doch gerade sie bezweifelten ausdrücklich, daß eine sich selbst überlassene „Freie Marktwirtschaft“ (Laissez-faire Ökonomie) den höchstmöglichen materiellen Wohlstand herbeiführen würde, weshalb der Staat die Aufgabe übernehmen müsse, in einer Marktwirtschaft den fairen Wettbewerb zu gewährleisten und sozial-fürsorgend immer dann einzugreifen, wenn der bloße Marktmechanismus diese soziale Rücksichtnahme vermissen läßt. Diese Grundkonzeption wurde in der neuen Wirtschaftsordnung „Soziale Marktwirtschaft“ im Nachkriegsdeutschland realisiert. Und wieder, auch nach dem 2. Weltkrieg war Deutschland bei der Organisation des Wirtschaftslebens seinen eigenen Weg gegangen. Er war auch diesmal im wesentlichen begründet in der Tradition staatlichen Fürsorgedenkens preußischen Selbstverständnisses, das auch in den Wertekategorien des bereits 1873 gegründeten „Vereins für Socialpolitik“⁸ zum Ausdruck kommt, der sich von Beginn an vehement gegen den Laissez-faire-Liberalismus ausgesprochen hatte. Die „Soziale Marktwirtschaft“ war die typisch deutsche Form einer freiheitlichen, aber sozial verpflichteten Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialordnung! Sie entsprang dem Bewußtsein, daß ein Volk, eine Nation eine Solidargemeinschaft ist. Diese soziale Verpflichtung wird heute von den internationalen (auch deutschen) neoliberalen Globalisierungsverfechtern mit Bedacht nicht nur übergangen, sondern wider besseren Wissens und wider die Fakten geleugnet.

Die Nutznießer und ihre hintergründige Logik

Die große Weltwirtschaftskrise Anfang der 30iger Jahre des 20. Jahrhunderts war in ihrem Kern ausgelöst durch die Reparationszahlungen, die Deutschland nach dem ersten Weltkrieg zu erbringen hatte. Ihre Gesamthöhe war so immens (132 Mrd. Goldmark, ohne die Sachleistungen und Beschlagnahme des Auslandsvermögens), daß der Betrag nie bezahlbar war. Eine Milliarde Goldmark konnte Deutschland insgesamt aufbringen, da-

⁷ Knut Borchart, Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte in Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Band 1, Göttingen 1967, Seite 380.

⁸ Der erste Präsident des Vereins für Socialpolitik war bekanntlich eine der Leitfiguren der deutschen Nationalökonomie, Gustav Schmoller.

nach mußte die Regierung um Zahlungsaufschub bitten und versuchen, die Forderungen in Form von Sachleistungen (Kohle, Eisen etc.) zu begleichen. Die den europäischen Siegermächten zufließenden Geld- und Sachleistungen kamen letztendlich den USA zugute, die den Alliierten Partnern als Gläubiger während des Krieges beigestanden hatten. Deren Schuldentrückzahlung, zusammen mit dem Rückfluß der Reparationsleistungen, lösten letztendlich in den Ländern der siegreichen kapitalistischen westlichen Welt über eine Geldmengensteigerung ein Wirtschaftswachstum und einen Spekulationsboom aus, der mit den damaligen Mitteln der Geld- und Währungspolitik nicht mehr beherrschbar war. Die Entwicklung mündete in die große Weltwirtschaftskrise.

Aus dieser Erfahrung lernten die Sieger. Die Lehre war einfach: Wer eine Kuh melken will, der darf sie nicht schlachten. Und diese Lehre war das Rezept, mit dem das 1945 endgültig besiegte Deutschland zu behandeln und letztendlich abzuwickeln war. Zunächst mußte Deutschland aufgepäppelt werden, um es danach zur Kasse bitten zu können. So kam es dann auch.

Der wirtschaftliche Aufstieg, den Westdeutschland in den 50iger Jahren erlebte, war phänomenal, wie nachstehende Zahlen aufweisen:

Tabelle 27
Bruttosozialprodukt zu konstanten Marktpreisen je Einwohner in ausgewählten Ländern (1950 = 100)

Jahr	BRD	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Österreich	USA
1950	100	100	100	100	100	100	100
1952	118	105	107	101	109	111	108
1954	133	112	114	109	122	124	108
1956	155	118	125	115	134	145	116
1958	164	117	132	116	147	157	113
1960	185	126	141	123	167	174	117
1961	195	·	144	125	180	185	117

Von 1950 bis 1961 hatte sich das Bruttosozialprodukt in Westdeutschland nahezu verdoppelt. In Frankreich war es um 44%, in England um 25% und in USA nur um 17% angestiegen.⁹

Seit dem Jahr 1952 erzielte die Bundesrepublik permanente Exportüberschüsse¹⁰:

Jahr	Einfuhr in Mrd. DM	Ausfuhr in Mrd. DM	Handelsbil. überschuß
1950	11,373	8,362	-3,011
1952	16,202	16,908	0,706
1954	19,337	22,035	2,698
1956	27,963	30,861	2,898
1958	31,133	36,998	5,865
1960	42,722	47,946	5,224
1962	49,498	52,975	3,477

Die Gold- und Devisenreserven waren seit 1952 ebenfalls kontinuierlich angestiegen und hatten sich bis zum 31.12.1962 auf 27,729 Mrd. DM akkumuliert.¹¹ Somit mußte es

⁹ Aus Gustav Stolper, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Verfasser Knut Borchardt, Seite 255.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 278

nicht Wunder nehmen, daß dieser zunehmende Reichtum nicht nur Neid, sondern alsbald auch Begehrlichkeiten weckte. Der erneute Aufstieg Deutschlands zur wirtschaftlichen Großmacht mußte verhindert und Mittel und Wege gefunden werden, das ökonomische Potential der Deutschen sich zunutze zu machen.

Den erneuten Aufstieg Deutschlands zur selbständigen wirtschaftlichen Großmacht verhinderte man durch die Einbindung in die Montanunion und danach in die Europäische Gemeinschaft (EG), mit dem vorerst eingeschränkten Wirkungskreis der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft). Die Möglichkeit, die ökonomische Leistung der deutschen Volkswirtschaft für die eigenen Zwecke zu nutzen, ergab sich aus den permanenten Exportüberschüssen. Die Deutschen stellten der übrigen Welt ihre Güter und Leistungen zur Verfügung und wurden dafür mit deren Devisen bezahlt. Und wenn davon auch gelegentlich ein geringer Teil in Gold umgetauscht wurde, dann war das nicht von Bedeutung, denn das Gold wurde damals aus Sicherheitsgründen (!) in den USA aufbewahrt. Den Deutschen redete man ein, daß sie stolz darauf sein könnten, Exportweltmeister zu sein. Und das sagt man noch heute und die Deutschen glauben das auch heute noch! Über 50 Jahre, mehr als ein halbes Jahrhundert, hat man an die übrige Welt mehr Güter und Leistungen abgegeben, als von ihr erhalten. Ein einzelner Mensch, der vernünftig (nach dem ökonomischen Prinzip) handelt, würde das nie tun. Spätestens nach 4 oder 5 Jahren würde er das von seinem Handelspartner erhaltene Geld auch wieder einmal ausgeben, um seinerseits mehr Güter oder Leistungen bei diesem Partner einzukaufen. Das ist in Deutschland seit über einem halben Jahrhundert nie geschehen! Für die Deutschen ergab sich alsbald das Problem, was mit den permanenten Devisenzuflüssen anzufangen sei.

Zunächst hat man das Geld (Devisen) aus den Exportüberschüssen bei der Bundesbank gehortet. Doch der Wert dieser Devisen wurde stetig weniger, da die DM wegen der anhaltenden Exportüberschüsse stetig an Wert zunahm. Als bald fand man heraus, daß die „unproduktiven Devisenhalden“ ja auch zins- und gewinnbringend verwendet werden könnten, indem man ausländische Wertpapiere (z.B. Staatsanleihen) oder Unternehmensbeteiligungen (Aktien) oder ganze Unternehmen dafür kaufte. Für die Importüberschußländer, deren bedeutendstes eigentlich immer die USA war, hatte das den Vorteil, daß die für die Importbezahlung abfließenden Dollars postwendend wieder zurückflossen, so daß sie ihre Währung nicht in dem Maß abwerten mußten, wie das aufgrund des Handelsbilanzdefizits notwendig gewesen wäre. Gleichzeitig stellte man den ausländischen Kapitalanlegern (vorwiegend in USA), die am Aufschwung der deutschen Wirtschaft und den Gewinnen deutscher Unternehmen gerne beteiligt gewesen wären, die dafür nötigen Mittel zur Verfügung. Eigentlich waren damals schon die ersten Schritte in eine neue Weltwirtschaftsordnung getan, die nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Welt sich in voller Wirkungsbreite entfaltete, in die globalisierte Weltwirtschaft.

Die wesentliche Voraussetzung für die Errichtung dieses neuartigen globalen Imperiums war die Niederwalzung der Währungs- und Zollgrenzen. Dem internationalen Kapital mußte der Zugriff auf die Ressourcen aller bedeutenden Länder und Regionen der Welt ermöglicht werden. Die in der Weltwirtschaftskrise beerdigte ökonomische Lehre des Liberalismus, die glaubt, daß dem Marktmechanismus die wundersame Kraft der bestmöglichen Bedürfnisbefriedigung innewohnt und in diesem blinden Glauben die Realität

¹¹ Gustav Stolper, a.a.O., Seite 254

ignoriert, durfte als wieder auferstandenes Dogma unter dem Namen Neoliberalismus dafür die ideologische Rechtfertigung liefern.

Ob die „großen Gestalter der Weltordnung“ nach dem 2. Weltkrieg ihre Vormacht in wohlbedachter Strategie entwickelt haben, darf wohl bezweifelt werden. Wahrscheinlich ist ihr Vorgehen damals intuitiv im Laufe der Nachkriegsjahre allmählich gereift. Die Fakten aber sind eindeutig. Im Zuge der globalen Einbindung wurde Deutschland zur Kasse gebeten, wie kein anderes Volk oder Land je zuvor in der überlieferten Geschichte. Die offiziellen Wiedergutmachungszahlungen (wohlweislich nicht mehr Reparationen genannt) machten dabei den geringsten Teil der aufgebürdeten Lasten aus. Die eigentliche Tributleistung erfolgte durch die perpetuierten Exportüberschüsse. Den Deutschen mußte das Gefühl eingepflegt werden, daß ihre Tributzahlungen sie nicht ärmer, sondern im Gegenteil sogar reicher machten und daß, wenn immer sie zur Kasse gebeten wurden, dies dann auch zu Recht geschah, wegen der Deutschen Geschichte und Schuld. Und die Initiatoren dieser Fortsetzung des Krieges mittels sozialpsychologischer Mittel fanden bei den Deutschen selbst, bei den Parteien und in den Medien ihre willigen Vollzugsgehilfen. Heute mehr denn je! Die „Heilslehre“ der neoliberalistischen Ökonomie war und ist die geeignete Ideologie zur Rechtfertigung der globalen Weltherrschaft und ein hervorragendes Instrument, einen leistungsfähigen Rivalen klein und in immerwährender Abhängigkeit zu halten. Die Niederringung Deutschlands in einem zweiten Dreißigjährigen Krieg war die Voraussetzung zur Erlangung der Weltherrschaft. Die Konstruktion einer globalen Welt war das Mittel, dieses Ziel zu erreichen.

Doch die Geschichte ist kein Theaterstück, das mit dem dritten Akt endet, sie geht stets weiter und es mehren sich die Anzeichen, daß der Hegemon gelegentlich und immer stärker ins Wanken gerät. Neue, selbstgemachte Feinde, wie der weltweite Terrorismus, bedrohen seine politisch-militärische Allmacht und die neuen Wirtschaftsmächte des Ostens, China und Indien insbesondere, drängen unaufhaltsam nach vorne. Sie schöpfen ihre Kraft gerade aus dem System der Globalisierung. Es sind nämlich die internationalen Spekulanten und Kapitalanleger, die in ihrer nimmersatten Raffgier, von den hohen Renditen angelockt, diesen Staaten das Kapital zur Verfügung stellen mit dem sie ihre Wirtschaftsmacht aufbauen. Ihre Gelder aus den Exportüberschüssen und die Milliarden der erdölexportierenden Länder läuten das Ende des selbstherrlichen Dollar-Regimes ein. Der „Sturm auf die Bastille“ kann jederzeit losbrechen. Spätestens dann, mit dem Zusammenbruch des Imperiums, wird auch die Ausbeutung der Deutschen und ihrer Volkswirtschaft ein Ende haben.

Doch kehren wir zurück zu den ökonomischen Zusammenhängen und den Kräften, die das Wirtschaftsleben gestalten.

Grundlegende ökonomische Erkenntnisse

Die Globalisierung, wie die Welt sie heute erlebt, basiert auf der Ideologie des ökonomischen Liberalismus, die vor über 200 Jahren entwickelt worden ist. Die berühmtesten Urväter dieser Lehre waren Adam Smith und David Ricardo. Doch unbeschränkter Freihandel und Wirtschaftsliberalismus sind in der multilateralen Welt des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts gescheitert¹². Der Untergang des Wirtschaftsliberalismus wurde ei-

¹² Sehr ausführlich mit diesem Thema hat sich Alexander Rüstow, bekanntlich einer der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft, auseinandergesetzt. Vgl. hierzu: „Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, 2. Auflage

gentlich in der Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts besiegt. In der unilateralen Konstellation der Welt und der Weltwirtschaft nach dem Zusammenbruch des Sozialismus-Kommunismus erlebt er jetzt seine Wiederauferstehung. Er war das geeignete ideologische Vehikel, den imperialen Machtanspruch des US-Imperiums zu begründen und durchzusetzen.

Durch die systematische Zurückdrängung staatlicher Aufgaben und ihre Übertragung auf private, nach Gewinnmaximierung strebende Unternehmungen wurde die Staatsmacht potentieller gegnerischer Nationen geschwächt und der eigenen übermächtigen Wirtschaft das Eindringen in fremde Volkswirtschaften erleichtert. Gleichzeitig wurden dem privaten Großkapital in den infizierten Volkswirtschaften neue gewinnbringende und renditesteigernde Betätigungsfelder (Bahn, Telecom, Post, Autobahnen, Rentenversicherung, Krankenversicherung, Krankenhäuser) eröffnet. Dadurch hat die Politik das Mitwirken der Wirtschaftsbesitzer an der Umstrukturierung sicher gestellt. Egoistisches Streben nach grenzenloser Renditesteigerung im Zusammenspiel mit einer auf das herkömmliche Parteienspektrum reduzierten und deshalb mittelmäßigen Politikerelite arbeiteten Hand in Hand im Dienste weltweiter Imperialpolitik.

Stellvertretend für die vielen Aktionen soll die Vorgehensweise an einem willkürlich gewählten Beispiel veranschaulicht werden: Aus ineffizienten Kreis- Bezirks- oder Universitätskrankenhäusern werden durch Überführung in Privateigentum urplötzlich bei Kapitalanlegern begehrte Renditeobjekte. Der abgebende, den Staat repräsentierende Politiker und der nehmende Kapitalanleger sind auf diese Weise zufrieden gestellt. Aus dem Erlös kann die Politik sogar die klamme Haushaltskasse ein wenig aufbessern. Nur die Menschen, das arbeitende Personal und auch die behandelten Patienten, haben das Nachsehen. Der (un)verantwortliche Politiker wird auf diese Weise nicht nur von seiner Aufgabe befreit, der er nicht gewachsen war, die bisherige staatliche Versorgungsleistung effizient zu organisieren, er entledigt sich obendrein der Fürsorgepflicht, die der Staat bisher gegenüber seinen Bürgern hatte. Nach dem Motto, ich kann es nicht, ein privates Unternehmen kann es besser und verdient obendrein noch gutes Geld dabei. Daß ganz nebenbei noch ein „Abfallprodukt“, nämlich Arbeitslosigkeit entsteht, das bei fortwährendem Globalisierungsprozeß sozialverträglich ent- und anschließend versorgt werden muß, wird geflissentlich übersehen. Doch die Last von über 6 Millionen Arbeitslosen ist eine Bürde, die alle tragen müssen. Und die Menschen in Deutschland, die ihr Einkommen durch Arbeit erzielen, bekommen diese Last zu spüren.

Was ist heute, in der fortgeschrittenen Phase der Globalisierung zu tun? In Deutschland und den anderen bedrängten Nationen?

Wer die Probleme lösen will, muß wissen, wie sie zu zustande gekommen sind. Die Globalisierung wurde nicht mit einem Startschuß eingeleitet, sie wurde kontinuierlich vorbereitet.

Wesentliche Stationen waren:

Die supranationalen Organisationen, die seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA geschaffen und gelenkt wurden, um die eigene Vorherrschaft sicherstellen zu

können. Genannt seien hier nur die wesentlichen. Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Welthandelsorganisation, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die sogenannten G7 – Staaten, deren Anzahl mittlerweile auf 10 erhöht worden ist. Besondere Bedeutung hat natürlich der IWF, dessen Schaffung auf das Bretton-Woods-Abkommen von 1944 zurückgeht.

Das auf dem Dollar basierende Weltwährungssystem, das den USA nahezu uneingeschränkte Geldschöpfungsmöglichkeiten erlaubte. Damit konnten die USA die finanziellen Belastungen ihrer Kriege und ihrer Haushalts- und Handelsbilanzdefizite zu erheblichen Teilen anderen Nationen, insbesondere den Exportüberschußländern aufbürden.

Der auf dem Dollar basierende grenzenlos freie Kredit- und Kapitalverkehr, der über Termingeschäfte, Devisenspekulation, Derivat Handel (spekulativer Kauf und Verkauf von Optionen und zukünftigen Rechtsansprüchen), ständig neue Methoden spekulativer Vorteilsnahmen ersann und den Welthandelsnationen aufoktroierte¹³.

Die Nötigung der auf den Außenhandel angewiesenen Volkswirtschaften, dem System völlig freier Devisenkurse beizutreten. Dies ermöglicht es den großen vermögenden Notenbanken in konzertierter Aktion mit IWF und Weltbank unter Leitung des „Dirigenten USA“, sowie den milliarden schweren privaten Großspekulanten, die Devisenwertbildung nach Belieben zu manipulieren. Gerade jetzt (November 2005) versuchen die USA mit allen Mitteln auch China unter diese Knute zu zwingen, weil die US-Volkswirtschaft und das dollarbasierte Weltwährungssystem unter der Bürde des kriegsbedingten Haushalts- und Leistungsbilanzdefizits einzubrechen drohen.

Die Eliminierung der zur „Nebenleitwährung“ aufgestiegenen DM durch den Euro. Der Euro beraubte alle „Euroländer“ mit einem Schlag der Möglichkeit einer autonomen und souveränen Geld-, Währungs- und Fiskalpolitik. Seitdem ist in den Euro-Ländern keine aktive Konjunktur- und Wachstumspolitik mehr möglich. Die katastrophalen Folgen dieser Selbstamputation für Wohlstand und Wirtschaftswachstum in den einstmaligen führenden europäischen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich, Italien und den Beneluxländern sind unübersehbar. Die ehemals starken europäischen Volkswirtschaften, insbesondere Deutschland, wurden empfindlich geschwächt, die Dollarleitwährung gefestigt und der Weg für das Vordringen anglo-amerikanischer Kapitalanleger und Spekulanten geebnet!

Dieser realen politischen Machtentfaltung liegt eine ökonomische Theorie zugrunde, die vor über einem halben Jahrhundert allseits für tot erklärt worden war, die aber dem politischen Vormachstreben äußerst zweckmäßige Dienste leisten konnte. Es ist die Theorie des ökonomischen Liberalismus in seiner heutigen Form des Neoliberalismus. Das Meinungskartell der Medien und die willfährige Politik eines kastrierten Parteienspektrums machen den Menschen heute weis, daß die Globalisierung ein unumkehrbares ökonomisches Gesetz sei, dem sich jede Volkswirtschaft durch Reformen anzupassen habe. Im übrigen seien die Reformen in Deutschland schon deshalb nötig, weil die einst leistungs-

¹³ So wurde auch der sogenannte Leerverkauf bei allen Börsen rechtlich erlaubt. Dabei leiht sich der Verkäufer Wertpapiere (Aktien oder Derivate) und verkauft sie, um ihren Kurswert zu drücken. Wenn das Vorhaben gelingt, kauft er das Spekulationsobjekt zum gesunkenen Kurs selbst auf und kann die Leihgabe samt Leihgebühr mit leichter Hand zurückzahlen. Der Guru dieser gewöhnlich über Hedgefonds tätigen Spekulanten, George Soros, zwang 1992 sogar die Bank von England das britische Pfund abzuwerten, wodurch er innerhalb eines Tages eine Milliarde Dollar Gewinn abkassieren konnte.

fähige „Soziale Marktwirtschaft“ im Lauf der Jahre mehr und mehr durch staatliche Eingriffe in den Marktmechanismus und eine überzogene Umverteilungspolitik ihre ursprüngliche Dynamik und Leistungsfähigkeit verloren habe. Danach, nach der Durchführung der notwendigen Reformen, werde unsere Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig sein und es werde uns allen bald wieder besser gehen.

Die Dogmatiker der neoliberalen Wirtschaftstheorie fordern, Deutschland müsse eigentlich nur zu jener „Sozialen Marktwirtschaft“ zurückkehren, wie sie Ludwig Erhard in den 1950iger Jahren damals eingeführt hat¹⁴, dann würde es von selbst wieder aufwärts gehen. Und das ist die freche Lüge. Die „Soziale Marktwirtschaft“ war aus der Tradition der Deutschen Geschichte als Solidargemeinschaft von Arbeit und Kapital konzipiert worden, bei der das Kapital auch immer eine soziale Fürsorgepflicht hatte und die Renditen eben nicht in unermeßliche Höhen zu Lasten der Löhne steigen sollten. Genau das aber geschieht heute, da die Grenzen zwischen den Volkswirtschaften niedrigerissen wurden und die „unsichtbare Hand“ (des Adam Smith) das Kapital dorthin weist, wo die höchsten Renditen zu erzielen sind und überall dort Arbeitslosigkeit und Not hinterläßt, wo es wegen des kurzfristigen momentanen Renditevorteils abgezogen wird. Wesenskern der „Sozialen Marktwirtschaft“ war die Kontrolle des Marktgeschehens durch einen seiner Verantwortung bewußten Staat, um die aus dem Frühstadium des Kapitalismus bekannten Formen der sozialen Ausbeutung zu verhindern. Daß eine derartige Ausbeutung möglich ist, haben die Liberalisten des 19. Jahrhunderts schlichtweg geleugnet, da ja nach ihrem Glauben der Wettbewerb und der Markt dem Gewinnstreben Grenzen auferlege und „jeder Marktteilnehmer im Bindungsgeflecht der Interessen aller anderen steht“.¹⁵ Die Liberalisten waren schon immer Meister im Leugnen von Fakten¹⁶. In der Weltwirtschaftskrise der 1930iger Jahre haben sie versucht, im Glauben an die heilenden Kräfte des Marktes die Arbeitslosigkeit mit Lohnsenkungen zu bekämpfen. Reichskanzler Heinrich Brüning hat ihren Rat damals befolgt. Das Ergebnis ist bekannt! Und heute sind es ihre Nachfahren, die Neoliberalisten, die im Glauben an jene „unsichtbare Hand“ die real existierende und fortschreitende Verarmung schlicht und einfach ignorieren und predigen, daß es uns allen irgendwann einmal besser gehen werde, wenn wir den Markt nur gewähren lassen und die Löhne nur tief genug gesunken sind.

Der Weg aus der Krise: Die Überwindung des Globalkapitalismus

Die Ursachenanalyse und die Lehren aus der Geschichte weisen den Weg aus der Krise. Die Ideologie des Wirtschaftsliberalismus hat nicht zum ersten Mal die Völker und Nationen ins Unglück gestürzt. Je länger der Prozeß der Globalisierung ausgreifen kann, desto größer wird die Not, die er verbreitet. Die notwendigen Schritte, die ihm Einhalt gebieten, liegen klar auf der Hand.

¹⁴ So z.B. Hans D. Barbier, Vorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung: "Wäre es denn nicht das Beste, wenn man sich auf Ludwigs Erhards ‚Soziale Marktwirtschaft‘ als Leitbild einigte?" in FAZ vom 07.10.2005, Nr. 233 / Seite 13.

¹⁵ Hans D. Barbier, ebenda.

¹⁶ „Seit Jahrzehnten ist das Versagen der liberalen Wirtschaftstheorie und -politik in der Praxis unübersehbar. Trotzdem gehören die Hauptthesen des Wirtschaftsliberalismus bis heute zu den Grundüberzeugungen der Wirtschaftspolitik.“ ULRICH BUSCH, in seiner Rezension des Werkes von Alexander Rüstow, „Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus“. A.a. O

Jedes Volk und jeder Staat auf dieser Welt muß die Möglichkeit besitzen, durch seine eigene Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche Entwicklung, Konjunktur und Wachstum zu beeinflussen oder Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Voraussetzung dafür ist ein funktionsfähiges Geld- und Währungssystem. Dieses weltweite Netz selbständiger Währungssysteme zu schwächen oder gar abzuschaffen – wie in den Euro-Ländern Europas – und durch ein übergeordnetes Dollar-Regime zu ersetzen, mußte ein erstes Bestreben des Hegemon, sein, um dem weltweiten Laisser-Faire Liberalismus und damit dem internationalen Großkapital die Vorherrschaft zu verschaffen. Der wichtigste Schritt dazu war der Übergang zu flexiblen Wechselkursen. Diese haben Er hat der organisierten staatlichen und privaten Spekulation die Möglichkeiten eröffnet, die Devisenkurse nach Belieben und Absprache zu manipulieren und jegliche nationalstaatliche Konjunktur- Beschäftigungs- oder Wachstumspolitik zu konterkarieren. Die freiwillige Aufgabe der Währungshoheit der in der EU zusammengebundenen Euro-Staaten bewirkte eine totale Auslieferung der einzelnen Volkswirtschaften an das internationale Großkapital und die dahinterstehenden interdependente politische Macht.

Der erste Schritt zur Befreiung von der menschenunwürdigen Diktatur des Globalkapitals muß deshalb die Wiedererlangung der Währungssouveränität sein. Sie beinhaltet das Recht und die Möglichkeiten, die hegemonial organisierte oder privatmotivierte Devisenspekulation auszuschalten! Dazu gehört auch das Recht, schützende oder erziehende Zölle auf Exporte und Importe zu erheben. Ohne diese Fördermaßnahme wäre der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts nie möglich gewesen, wie bereits ausgeführt wurde.

Solche Grenzen, in denen einzelne Nationen ihr Selbstbestimmungsrecht zur Gestaltung ihrer Volkswirtschaft nach den eigenen Wertvorstellungen wahrnehmen können, sind mit dem Herrschaftsanspruch des Globalkapitals nicht vereinbar. Sie mußten geschleift und das Ganze als Fortschritt verkauft werden. Ein Fortschritt, dessen materieller Segen den Benachteiligten in irgendeiner fernen Zukunft versprochen wird. Doch vorerst ist die erlebte Wirklichkeit eine ganz andere: Wenige profitieren, ihre Renditen haben sich in den letzten Jahren ständig erhöht. Im vierten Quartal sind die Gewinne der Dax-Unternehmen in Deutschland um durchschnittlich 70% gestiegen¹⁷, im Vorjahr betrug der Anstieg 60%. Im übrigen aber weiten sich Arbeitslosigkeit und Armut in noch nie dagewesenem Ausmaß aus. Die über ein Jahrhundert hinweg aufgebauten sozialen Standards werden mittels „Reformen“ ausgehöhlt und geschleift.

Wie in längst vergangenen Urzeiten, als die Nomaden nach Nahrungssuche die Welt abgrasten, hat der unkontrollierte Trieb nach Gewinn- und Renditesteigerungen wieder Völkerwanderungen ausgelöst, deren Ausmaß noch ansteigen wird, deren Folgen unübersehbar sind. Und das wird uns von Medien und Politikern als unumkehrbarer Fortschritt verkauft. Zu den Menschenströmen hinzu kommen heute noch die Ströme des renditeheischenden Spekulationskapitals. Es genügte nicht, daß die Währungsgrenzen eingeebnet wurden, das Finanzkapital mußte freien Zutritt zu allen nationalen Kapitalmärkten erhalten. Im Verein mit den technischen Möglichkeiten, in jedem Winkel der Erde in kürzester Zeit Produktionsstätten aus dem Boden zu stampfen, in denen in wenigen Wochen angelernte Fließbandarbeiter die Produkte des Massenkonsums erzeugen können, ergaben sich dadurch Gewinn- und Renditeperspektiven, von denen die Kapitalisten der Frühzeit nicht

¹⁷ FAZ vom 22.11.2005, Nr. 272, Seite 11

einmal zu träumen wagten. Die auch ein Karl Marx für unmöglich gehalten hatte, der ja bekanntlich das „Gesetz von der sinkenden Profitrate“ vermeintlich entdeckt zu haben. Für die heutigen Profitraten fehlten ihm jegliche Erklärungsansätze.

Die Globalisierung ermöglichte auf beiden Wegen, dem der Völkerwanderung und dem des unbegrenzten Kapitaltransfers, urplötzlich Renditesteigerungen, die alle dagewesenen Dimensionen sprengten. An Volkswirtschaften, wie der deutschen, in denen sich über Jahrzehnte und auch über Kriege hinweg Solidargemeinschaften gebildet hatten, nach der Devise „Leben und leben lassen“, in denen angemessene Gewinne und relativ hohe Löhne bei stetigem Wachstum und Wohlstandsmehrung möglich waren, konnte die Entwicklung nicht spurlos vorübergehen. Es war verantwortungslos, von Politik und „wissender Ökonomie“, das Deutsche Volk und die deutsche Volkswirtschaft diesen Kräften zu überlassen. Sie haben nicht nur eine stabile und weltweit akzeptierte Währung ausgelöscht und sich damit der Möglichkeit einer aktiven Geld- Währungs- und Fiskalpolitik selbst beraubt, sie haben die deutsche Wirtschaft dem Zugriff des internationalen Kapitals preis gegeben. Und die internationalen Aufkäufer finden in deutschen Unternehmen natürlich noch reichliche Reserven zur Renditesteigerung über Lohnsenkungen, Arbeitsplatzstreichungen und Firmenzerschlagungen. Kein Kunststück, denn wir hatten ja eine „Soziale Marktwirtschaft“ deren erklärtes Anliegen ja gerade darin bestand, daß es den arbeitenden Menschen besser gehen müsse als in den Ländern des ungezügeltten Kapitalismus. In einer globalkapitalistischen Welt hat eine „Soziale Marktwirtschaft“ keine Überlebenschance. Das ist die bittere, aber wahre Erkenntnis. Politiker wie Exkanzler Helmut Kohl hat mit seiner Führungsmannschaft damals die Weichen gestellt, ratgebende „Ökonomen“ haben ihm sekundiert, Exkanzler Gerhard Schröder hat den Weg mit einer ganz anderen Mannschaft weiter beschritten. Das ganze Deutsche Volk hat die Konsequenzen heute zu tragen. Und auch diese beiden Totengräber der „Sozialen Marktwirtschaft“ schämen sich nicht, als deren eigentliche Anwälte aufzutreten.

Hätten die beiden Kanzler und ihre Regierungen überhaupt vermocht einen anderen Weg zu gehen? Ja, es wäre möglich gewesen! Können wir uns der Globalisierung heute noch entziehen? Können wir ihr gar Einhalt gebieten? Ja wir können!

Die Beseitigung der Währungsgrenzen und der sogenannte freie internationale Kapitalverkehr, dessen überwiegender Teil nicht durch die Handelsströme, sondern durch die Spekulationsströme ausgelöst wird, hat weltweit vergleichbare Renditen erzwungen, die in den Niedriglohnländern naturgemäß höher sein müssen als in den Ländern mit hohen Löhnen und hohen Sozialstandards. Freier Kapitalverkehr bei weltweit ungleichen Löhnen erzwingt weltweit hohe Renditen und sinkende Löhne in den Volkswirtschaften, die den Radikalkapitalismus bis dahin unter Kontrolle gehalten hatten. Diesem Zwang können sich die Unternehmen, die im Wettbewerb bestehen wollen, nicht entziehen. In dem System der einheitlich vergleichbaren Renditen und Löhne kann keine einzelne Volkswirtschaft hergehen und von dem Globalkapital diktierte abweichende soziale Standards etablieren. Das war aber vor der Machergreifung des Globalkapitalismus möglich, wie die „Wirtschaftswunder“ der drei historischen Epochen unterschiedlicher politischer Systeme in Deutschland beweisen.

Kehren wir also **zurück zu einem System souveräner, national unabhängiger Staaten** und Volkswirtschaften, die es einem Volk und einem Staat erlauben, vom globalen Diktat unabhängige soziale Standards zu haben und zu leben. Wir wissen was dazu nötig ist.

Das heutige, auf dem US-Dollar basierende Weltwährungssystem, war ein wesentliches Hilfsmittel mit dem die Globalisierung auf die Wege gebracht wurde. Dieses System ist

morbide, denn institutionelle und private Devisen- und Kapitalspekulanten können den Wert jeder Währung jederzeit manipulieren. Damit können sie mit einem Federstrich ganze Industriezweige, ja ganze Volkswirtschaften stützen, fördern oder auch in den Ruin treiben.

Der Pfeiler auf dem das Weltwährungssystem steht, der US-Dollar, ist ins Wanken geraten. Die US-Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite sind zu groß, wähen schon zu lange und in der nächsten Zeit ist keine Umkehr zu erkennen. Sie untergraben das Fundament des Währungs- und Herrschaftssystems. Der Einsturz wird nicht mehr aufzuhalten sein. Der unvermeidliche Zusammenbruch wird dann der Zeitpunkt für die Begründung einer neuen Ära der Weltwirtschaft sein. In dieser muß der Wert der nationalen Währungen wieder primär vom Wert der Güter und Leistungen, also dem Sozialprodukt, abhängen, das in einer Volkswirtschaft erstellt wird. Diesen Wert schaffen die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in gleicher Weise. In den auf solche Art und Weise wieder souverän gewordenen Volkswirtschaften mit autonomer Währung können dann die wieder divergierenden Renditen, Löhne und Sozialstandards – also nationenspezifische „soziale oder unsoziale Marktwirtschaften“ – installiert werden. Und diese können dann in dem durch die Währungs- und Zollgrenzen festgelegten freien Handel und in weltweitem Wettbewerb miteinander konkurrieren. Die Auswüchse spekulativer Übervorteilungen zu Lasten der einzelnen Menschen und Völker würden dann ersetzt durch die Leistungskonkurrenz und den Wettbewerb zwischen den Volkswirtschaften mit ihren jeweilig in freier Entscheidung gesetzten Strukturpräferenzen. Die Unterschiede sind, vereinfacht gesagt:

Entweder höchste Renditen für die Kapitalanleger und Spekulanten, die natürlich in den Ländern mit den niedrigsten Löhnen und niedrigsten Sozialstandards erzielt werden, wobei gleichzeitig die Lohneinkommen und Sozialleistungen in den „alten Industrienationen“ sinken müssen. Das ist der Globalisierungsweg, der angeblich unumkehrbar ist. Auf diesem kontinuierlichen Weg zur Annäherung an das niedrigste Lohnniveau wird das Millionenheer der Arbeitslosen erzeugt und die Stagnation und relative Verarmung der wehrlos gewordenen Volkswirtschaften. Und diesen Weg erzwingt das Globalkapital, weil es auf diese Weise die höchsten Renditen erzielt.

Die Alternative dazu ist die Leistungskonkurrenz der „individuell konstituierten“ Volkswirtschaften, die angemessene Renditen einerseits, leistungsgerechte Arbeitseinkommen und ein vernünftiges Maß an sozialen Standards andererseits erlauben. Dazu bedarf es der Einflußnahme der verantwortlichen Politik, also der Staatsmacht. Die Wahl zwischen diesen Alternativen sollte dem Deutschen Volk in freier Selbstbestimmung überlassen werden. Angesichts der fortschreitenden globalisierungsbedingten Verarmung und der weit über 6 Millionen Arbeitslosen in Deutschland wäre der Ausgang dieser demokratischen Abstimmung vorhersehbar. Dieses Selbstbestimmungsrecht wird man dem Deutschen Volk und den anderen Völkern dieser Erde nicht auf Dauer vorenthalten können.

Voraussetzung für ein Gelingen ist die Aufklärung der Menschen, daß der Weg in die Globalisierung kein unumkehrbares Gesetz ist. Dieser Nachweis muß heute noch gegen die konzertierte Macht aus Medien, Politik und die sich andienenden Lehrstuhlökonomen erbracht werden, die sich für ihre willigen Zuträgerdienste gut bezahlen lassen. Doch der Nachweis wird um so leichter zu erbringen sein, je länger der Marsch in die Verarmung anhält und je mehr Menschen davon erfaßt werden.

© www.hpatzak.de Erstveröffentlichung 19.12.2005

Wiederveröffentlichung 13.12.07